

Die Linke und das MfS

Eine Rück-Sicht aus dem Jahre 2006 von Robert Allertz

Es scheint die letzte Bastion des Ancien Régime zu sein, die sich erfolgreich allen Versuchen widersetzt, aus der Erinnerung geschleift zu werden. Bis auf das MfS (und dem auch dort inkarnierten Antifaschismus) ist inzwischen alles, was DDR war, abgewickelt, abgerissen, wegfusioniert, aufgelöst oder qua Entschuldigung oder Verniedlichung beerdigt worden. Mithin: Darüber regt sich niemand mehr auf.

Beim Kürzel MfS hingegen funktionieren flächendeckend noch alle antikomunistischen Reflexe.

Warum ist das so?

Weil alle Geheimdienste per se etwas Unanständiges darstellen, da sich Spitzeltätigkeit grundsätzlich gegen die menschliche Würde richtet? Das vermutlich ist es nicht. Vergleichbar heftige Reaktionen in Bezug auf Verfassungsschutz, BND oder MAD kennen wir nämlich nicht. Nun ja, hin und wieder regt sich etwas Unmut, weil dieser oder jener oder die PDS in einem Bundesland mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausgespäht wird, oder wenn diese oder jene linke Organisation in den jährlichen Verfassungsschutzberichten auftaucht.

Insgesamt nimmt man es hierzulande widerspruchslos und damit billigend in Kauf, wenn Zehntausende auch ohne richterliche Anordnung abgehört, ihre Post kontrolliert und der Email-Verkehr verfolgt wird.

Es gibt kein zweites Thema, wo „die Linke“ die Lesart der Gegenseite sich derart zu eigen gemacht hat wie bei diesem. Sie hat es bisher unterlassen, ihr Verhältnis zum MfS klar zu bestimmen, weil sie auch kein eindeutiges Verhältnis zur DDR bezogen hat. Aus dem opportunistischen Einerseits und Andererseits wurde ein verworrenes Beziehungsgeflecht, das weder trägt noch frei von der Gefahr ist, die Webmeister à la longue zu erdrosseln.

Im April 1991 veröffentlichte die Zeitung der Bürgerbewegten *die andere* die Gehaltslisten von Mitarbeitern des MfS und nannte das hochstaplerisch „wirkliche Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit“. (Nachdem seinerzeit die Bürgerbewegten am Runden Tisch noch der Vernichtung zumindest der HVA-Unterlagen zugestimmt hatten. Die westlichen Dienste waren jedoch auch hier schneller: Am 15. Ja-

nuar 1990, bei dem eigens für diesen Zweck inszenierten „Sturm auf die Stasi-Zentrale“, wurden die Schlüsseldokumente gestohlen, nach Übersee verbracht, dort „ausgewertet“ und als „Rosenholz“ auf CD nach einem reichlichen Jahrzehnt zurückgeschickt.) Der damalige Bundesgeschäftsführer der PDS, Wolfgang Gehrcke, und das Präsidiumsmitglied Michael Schumann verurteilten die Veröffentlichung als „anti-aufklärerisch“, weil sie „den Weg, sich der Wahrheit zu nähern“, versperre. Selbstkritisch räumten sie in ihrer Erklärung jedoch ein: „Die PDS, das sei festgehalten, hat bisher zu wenig zur ernsthaften Aufklärung von Funktion und Wirkungsweise des MfS beigetragen.“

Von dieser Einschätzung muss bis heute nicht abgerückt werden wie auch von ihrer Forderung: „Was bleibt, ist der Kampf um eine repressionsarme Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Geheimdienste und Spitzelsysteme.“

Das eine wie das andere wurde bis dato von den demokratischen Sozialisten nicht eingelöst.

Allerdings gab man dem öffentlichen Druck rasch nach: Auf dem Parteitag im Juni 1991, also zwei Monate später, fassten die Delegierten den Beschluss „Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit“.

Als ersten namhaften Mandatsträger jagte die Partei Wolfram Adolphs über den Jordan: Er wurde vom Berliner Landesvorsitz zurückgetreten und musste auch sein Abgeordnetenmandat niederlegen, weil er als Fernost-Korrespondent Kontakt zur Auslandsaufklärung der DDR hatte. Ihm folgte im Amt bekanntlich André Brie, einer seiner schärfsten Kritiker in dieser Sache. Der aber musste als Landesvorsitzender und Bundes-Vize im Oktober 1992 aus dem gleichen Grunde seinen Hut nehmen. Brie wurde beerbt von Petra Pau, die unmittelbar vor ihrer Wahl zur Bundestagsvizepräsidentin im März 2006 auch in die Nähe des MfS gerückt wurde. (Kleine Petitesse am Rande: Am 3. April 2000 meldete die *Berliner Zeitung* Anzeichen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz einen V-Mann an Pau herangeschleust habe, um den Landesvorstand der PDS auszuspionieren.) Im September 1991 legte Jutta Braband ihr Bundestagsmandat nieder, nach-

Zum 100. Geburtstag von
Markus Wolf wird sein Buch
„Die Troika“ wieder veröffentlicht.



Am 19. Januar wäre Markus Wolf, der langjährige Leiter der der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, 100 Jahre alt geworden.

Sein Buch widerspiegelt den Traum, jenseits aller Ideologien in Frieden miteinander zu leben.

Drei Knaben im Moskauer Exil der 30er Jahre standen sich in den späteren Konflikten in verschiedenen Armeen als Feinde gegenüber.

Dennoch stellten sie ihre Freundschaft zueinander nie in Frage.

dem sie noch fünf Monate zuvor den Steckbrief im Wochenblatt *die andere* mit dem Satz begrüßt hatte: „Wenn wir die Linke retten wollen, muss alles raus.“

Offenbar war damit auch alles Wissen über die Geschichte, dialektische Zusammenhänge und politisches Denken gemeint.

So betrieb man denn ordentlich Selbstzerfleischung bis zur Öffnung der Akten am 2. Januar 1992. Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann meinten am 16. Januar im *Neuen Deutschland* („Das Tribunal nimmt seinen Lauf“), dass an jenem Tage „der Versuch zur restlosen moralischen Diskreditierung der DDR und ihrer Bevölkerung“ eingesetzt habe.

Doch hatte diese richtige Erkenntnis irgendwelche Konsequenzen für die Politik der Partei in Bezug auf das MfS? Mitnichten. Heuchelei und Anbiederei gingen unverändert weiter. Die Stimme von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern war und ist nur in der Wahlurne willkommen. Ansonsten hatten und haben sie sich von allen Ämtern fern und den Mund zu halten.

Der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege nahm sich am 15. Februar 1992 das Leben. Der gewählte „Wende“-Rektor der Universität in Jena hatte von 1954 bis 1960 Kontakte zum MfS und sah sich deshalb heftigen Angriffen auch aus den eigenen Reihen ausgesetzt. „Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen und zum Leben. Sie ist mir mit der neuen Freiheit genommen worden. Ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von Medien geschaffen wird und gegen die ich mich nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Hass, der mir im Bundestag entgegen schlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben.“

Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen", schrieb Riege in seinem Abschiedsbrief, ehe er sich in seiner Thüringer Laube erhängte.

Er sollte sich in einem Punkte irren: Man musste „den Gegner“ nicht vollständig hinrichten, um die Geschichte umschreiben zu können: Dieser half ihm dabei recht ordentlich – mit unsinnigen Entschuldigungen, inkompetenten Erklärungen, hanebüchenen Texten für Gedenktafeln und dergleichen Kotaus mehr, wann immer danach in den Medien gerufen wurde.

Der Politikwissenschaftler Erhard Crome hat völlig recht, wenn er fordert: „Linke Politik muss wertegerleitet sein – oder sie sinkt auf das Niveau bürgerlicher ›Realpolitik‹ hinab.“

Von welchen Werten aber sollte linke Politik geleitet werden?

Zum Beispiel von der Friedenssehnsucht und dem daraus resultierenden Zwang, Kriege verhindern zu müssen und nicht zu führen. (Ganz im Sinne Willy Brandts: „Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!“)

Konstitutives Element der Deutschen Demokratischen Republik war unstreitig deren Friedenswille. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Das war nicht Phrase, sondern Politik. Die Nationale Volksarmee der DDR war die einzige Armee in der deutschen Geschichte, die an keinem Krieg beteiligt war. Da half nicht der Zufall des eigenen Untergangs, sondern es lag am politischen System. Und der geschmähte SED-Generalsekretär schmiedete eine – gewiss illusorische, aber in den 80er Jahren hilfreiche – „Koalition der Vernunft“ mit dem Klassenfeind, um ein nukleares Inferno zu verhindern. Was bekanntlich und gottlob gelang.

„Nachdem die NATO-Staaten sich nicht mehr gezügelt sehen durch die Gegenmacht der sozialistischen Staaten des Warschauer Vertrages, soll an die Stelle des Gewaltverbotes der UNO-Charta das Gewaltmonopol des US-Imperialismus und seiner willigen Verbündeten gesetzt werden“, konstatieren zwei junge Hamburger Linke, Gunhild Berdal und Michael Schaaf (SPD). Ex negativo bekennen sie sich uneingeschränkt zur friedenssichernden Leistung der sozialistischen Staaten. Eingeschlossen die DDR.

Wann hörte man solches jemals von demokratischen Sozialisten?

Ein derart eindeutiges Bekenntnis hat die PDS nie abgegeben. Es hätte nämlich auch ein klares Votum für alle Institutionen bedeutet, die diesen friedensstiftenden Staat getragen, ihn geschützt und gesichert haben. Und davor scheut man offenkundig zurück.

Über die Gründe muss man nicht rätseln. Zur Selbstverteidigung werden Stasi-Keule und

Stalinismus-Schleuder geschwungen. Und wer in der Menschenrechtsfrage die Positionen einiger Europaparlamentarier nicht teilt und diese dafür kritisiert, ist ein Revisionist.

Ist das „wertegerleitet“?

Die SED trat mit der Vision einer sozialistischen Gesellschaft in die Geschichte, Kommunisten wie Anton Ackermann formulierten die Bedingungen eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus. Doch dieses Deutschland existierte nicht unabhängig von der Welt. Und nachdem es schon in Jalta im Februar 1945 von den Besatzungsmächten geteilt worden war, entwickelten sich die Dinge anders als gedacht. Doch die Vision blieb. (Selbst darin war die SED der PDS überlegen: Sie hatte wenigstens eine.)

Wie eben auch der Hass auf der Gegenseite wuchs, die alternative Entwicklung im Osten aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen. Von Anfang an musste die DDR im Kalten Krieg sich der Angriffe von außen erwehren. Diese Tatsache ist in vielen Archiven und in der lebendigen Erinnerung der Beteiligten dokumentiert, auch wenn dies heute von Staats wegen verdrängt wird. (Inzwischen wird der PDS-Ehrenvorsitzende nicht nur von der Presse, sondern auch von den eigenen Genossen attackiert, nur weil er daran erinnert. Geschichte wird nie nur von einer Seite gemacht. Und wenn man denn schon in moralisierenden Kategorien wie „Schuld“ über die Historie urteilt, muss man allen Mitwirkenden gleichermaßen „Mitschuld“ geben. Eine andere Konsequenz gibt es dann zwangsweise nicht.)

Über die Spionageabwehr der DDR, zum Beispiel, gibt es kaum Bücher, Filme oder Untersuchungen. Denn: Wenn sich jemand zur Wehr setzte, muss er offenkundig angegriffen worden sein. Das war natürlich der Fall. Und der Staat DDR nahm sein legitimes Recht wahr, sein Territorium und seine Bürger zu schützen.

Das jedoch hören die damaligen Angreifer wie auch einige Linke nicht so gern; dort meint man inzwischen sogar, ein Attentat auf einen namhaften Kommunisten wie Lenin sei demokratisch legitimiert, weil Tyrannenmord. Sollte vielleicht nach dieser Lesart jeder, den ein Banker um die Früchte seiner Arbeit brachte, zur Pistole greifen?

Noch einmal: Es war das gute und legitime Recht, dass der Staat DDR, der ein anderes Rechts- und Wirtschaftssystem besaß als die Bundesrepublik Deutschland, seine Ordnung und seine Staatsbürger nach seinem Verständnis gegen alle Angriffe von außen schützte.

Abwehr ruft auch nach Prävention. Nach Aufklärung von Angriffen im Vorfeld – sowohl im Hinterland des Gegners wie auch im eigenen Lande. So entstanden die beiden Elemente, die unter dem Dach eines gemeinsamen Ministeriums für Staatssicherheit zusammengefasst wurden.

Diese Institution war legal. Sie und ihre Mitarbeiter waren an die Gesetze gebunden wie alle anderen Staatsdiener auch. (Nicht grundlos erfand man darum später den „Unrechtsstaat“, der folglich in all seinen Regungen „rechtlos“ handelte.) Doch auch nach dem BGB handelten die meisten DDR-Staatsdiener korrekt: Von den über 100.000 nach 1990 losgetretenen Ermittlungsverfahren mussten weit über 98 Prozent wegen Haltlosigkeit eingestellt werden. In lediglich rund 300 Verfahren sprach die Justiz ein Urteil, wobei selbst diese Fälle juristisch anfechtbar waren.

Dass die Mitarbeiter im MfS in der zentralen Frage von Krieg und Frieden eine wichtige und nützliche Aufgabe erfüllten, wurde ihnen auch von der Gegenseite bescheinigt. Auf der Konferenz „Spionage für den Frieden“ am 7. Mai 2004 in Berlin erklärte Milton Bearden, einst in der CIA Leiter der Abteilung Sowjetunion/Osteuropa: „Ehrlicherweise muss die Rolle der Nachrichtendienste beider Seiten – lassen Sie mich hinzufügen: aller Nachrichtendienste in Ost und West – als Beitrag dazu gesehen werden, dass der 45 Jahre dauernde Kalte Krieg kalt blieb und nicht heiß wurde.“ Und an anderer Stelle wiederholte er: „Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass – unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der während des Kalten Krieges gegeneinander angetretenen Nachrichtendienste – diese Dienste sicherlich nicht nur ihren Völkern, sondern auch der Sache des Friedens gut gedient haben.“

Es ist schon bemerkenswert, dass sich ein erklärter Gegner zu einer derart sachlichen, souveränen Bewertung des MfS durchringt. Die PDS hatte dazu seit 1990 weder den Mut noch vermutlich jemals die Absicht gehabt.

Stattdessen folgte sie bereitwillig den Vorgaben anderer bei der Be- und Verurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit. Nicht einer der zur öffentlichen Hinrichtung geführten Mandatsträger, die man in die Nähe des MfS gerückt oder gar der inoffiziellen Mitarbeit bezichtigt hatte, besaß die Courage zu erklären: Jawohl, ich wollte immer einen besseren Sozialismus, das aber setzte voraus, dass der Sozialismus blieb. Aus diesem Grunde habe ich mit allen Kräften in der DDR zusammengearbeitet, die meine Überzeugung teilten! (Nein, ein einziger war doch mutig: der Leipziger Historiker Volker Külöw. Der Vorsitzende der Leipziger Stadtorganisation bewarb sich im Sommer 2004 um ein Mandat im Sächsischen Landtag und war daraufhin als IM „Ostap“ in der Presse denunziert worden. Er hatte in den beiden letzten Jahren der DDR mit dem MfS zusammengearbeitet und parierte alle Vorhaltungen mit der Auskunft, dass er unverändert dazu stehe. Külöw wurde nicht nur gewählt – er wurde, im Unterschied zu anderen, die laviert hatten, fortan von den Medien auch in dieser Sache in Ruhe gelassen.)

Anstelle eines offensiven Umgangs mit dem Faktum der „Stasi-Belastung“ erklärten alle anderen defensiv, niemandem geschadet zu haben oder unwissentlich abgeschöpft worden zu sein, nichts unterschrieben oder nur Reiseberichte für den Vorgesetzten geliefert zu haben und so weiter. Das zeugte nicht gerade von Rückgrat und politischer Standfestigkeit.

Selten stand die Partei geschlossen gegen die Angriffe auf einzelne in ihrer Führungsmitteln, sondern überließ es jedem, wie er seine Haut verteidigte, als wäre dies kein kollektives, sondern ein individuelles Problem. Gregor Gysi führt möglicherweise die Liste der Individualklagen an, mit denen er sich den Vorhaltungen widersetzt, er sei IM „Notar“. Juristen wurden bei Adolphi, Bisky, Brie, Claus, Dehm, Enkelmann ... aktiv: Wir können das ganze PDS-Alphabet durchbuchstabieren.

Offenkundig gilt unausgesprochen in den Führungsgremien die Feststellung: Wer sich mit dem MfS eingelassen hat, trägt einen Makel. Vorsicht, Aussatz, schreit die Presse. Und die Häuptlinge denken und handeln so – bis es sie selbst trifft. Dann fordern sie Solidarität ein und wundern sich, wenn sie ihnen verweigert wird. Wie sie bei anderer Gelegenheit zuvor anderen ihre Solidarität verweigert haben. Es gab auch Ausnahmen. Das war jedoch auffällig.

So rächt sich, dass keine klare Linie und eben keine „wertegeleitete“, sondern nur eine reaktive, kurzsichtige Politik betrieben wird, die keine Prinzipien kennt.

Es trifft zu, dass Geheimdienste aufgrund ihrer konspirativen Tätigkeit undurchsichtig sind. Eine vollständige Kontrolle findet allein schon deshalb nicht statt. Insofern ist die Behauptung, dass die CIA demokratischer als der KGB, der Verfassungsschutz gesitteter als das MfS wäre, eine unbewiesene, aber vermutlich unzutreffende Behauptung. Jeder Dienst hat die Tendenz zum Eigenleben, was gelegentlich bei öffentlich werdenden Skandalen sichtbar wird. Daher ist die Forderung der beiden PDS-Politiker Heuer und Schumann vom 16. Januar 1992 unverändert gültig: „Die Stunde des Staatsbürgers und der Demokratie hat erst dann geschlagen, wenn auch die aktiven Dienste gezwungen werden, offenzulegen, dass und in welchem Umfang sie Bürgerinnen und Bürger ausgespäht haben.“

Das aber passiert nicht. Die Angriffe richten sich unverändert nur auf den untergegangenen Dienst einzig zu dem Zweck, die DDR und ihre Bevölkerung restlos moralisch zu diskreditieren. Wer sich daran, in welcher Form auch immer, ob indirekt oder direkt, beteiligt, macht sich mitschuldig. Man kann die These auch polemisch zuspitzen: Wer nicht die DDR und damit das MfS aus Prinzip verteidigt, kann nicht wirklich links sein. Peter Brandt, der SPD-Linke

und Sohn Willy Brandts, schrieb im Dezember 1989 einen Essay, der im Januar-Heft 1990 des *Vorwärts* unter der Überschrift „Die deutsche Linke und ihre nationale Frage“ erschien. Er schloss, durchaus mit sorgenvollem Blick auf die Entwicklung, mit dem Appell: „Man darf die Schlacht nicht verloren geben, bevor sie geschlagen ist. Nur aus hochgesteckten Zielen erwachsen große moralische Energien. So lautet die Losung: einer demokratisch-sozialistischen DDR unsere Solidarität, der Einen Deutschen Demokratischen Republik unser Streben!“

Es wird Zeit, dass die Linke in Deutschland der untergegangenen demokratisch-sozialistischen DDR zumindest postum Solidarität zollt und sich endlich daran macht, dieses Land, in dem wir jetzt leben, zu einer Deutschen Demokratischen Republik umzugestalten, statt sich fortgesetzt mit sich selbst und den Plätzen an den bürgerlichen Fleischtöpfen zu beschäftigen.

Das schließt die entschiedene selbstkritische Auseinandersetzung mit der DDR- und der MfS-Vergangenheit nicht aus, im Gegenteil: Sie ist um der dialektischen Aneignung der Geschichte und ihrer Lehren willen unbedingt nötig. Alles andere jedoch arbeitet jenen zu, denen schon immer jede gesellschaftliche Alternative zuwider war und ist und die darum die DDR vergessen machen oder diskreditieren wollen. (...)

Die Grundfrage jedoch bleibt: Wie hält es die Linke insgesamt mit der DDR und dem MfS? Crome schreibt: „Aus heutiger Sicht zeigt sich: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind wir nicht in eine Epoche allgemeinen Friedens eingetreten, sondern in ein neues Zeitalter imperialer Kriege.“ Unter solchen Umständen heißt es ohne Wenn und Aber, ohne einerseits und andererseits Farbe und Haltung zu bekennen. Eine moralisierende Selbstkasteiung, selbst ein Stillhalten nützt nur jenen, die nach dem alten Prinzip des „Teile und herrsche!“ den Widerstand gegen ihre Politik schwächen wollen. Und darum ist es an der Zeit, dass „die Linke“ sich ihrer Vergangenheit stellt und sie annimmt.

Die katholische Kirche tut dies mit ihrer Geschichte auch – und kann mit Inquisition, Menschenverbrennung und Missionierung leben. Um wie vieles leichter wiegt da die Vergangenheit der DDR mit ihren Erfahrungen des frühen Sozialismus.

Das setzt allerdings voraus, dass man sich endlich freimacht von den Suggestionen des Mainstreams, der geistigen Gleichschaltung durch Medien und vom Ehrgeiz, „anzukommen“ oder gar „angenommen“ zu werden. Das wird nicht geschehen. Schon vergessen, wie man mit Bisky im Bundestag verfuhr, als der zum Vizepräsidenten gewählt werden wollte?

Und dass man bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte den Erklärungen der „Opfer“ und der „Täter“ die gleiche Aufmerksamkeit schenkt und dabei die selbe kritische Elle anlegt, mit der schon Kurt Tucholsky hantierte: „Nur wenige Menschen vermögen das, was sie erleben, geschichtlich richtig zu sehen, und ganz und gar kann's keiner.“

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand diskutierte zur Neufassung des Volksverhetzungsparagrafen 130 StGB. Er wird die praktische Umsetzung dieses auf Einschüchterung Andersdenkender ausgelegten Gummiparagrafen weiter aufmerksam verfolgen, sieht jedoch keinen Anlass für Korrekturen in der Öffentlichkeitsarbeit der ISOR.

*

Die Landesbeauftragten berichteten zur Lage in den TIG ihrer Länder. Obwohl der Ausfall langjähriger Funktionäre in manchen TIG immer wieder Schwierigkeiten bereitet, wurde die ISOR-Arbeit zumeist planmäßig und kontinuierlich weitergeführt, so dass die Landesbeauftragten übereinstimmend eine optimistische Einschätzung trafen.

*

Am 26.1.2023 fand ein Gespräch mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages und Ostbeauftragten der Fraktion DIE LINKE, Sören Pellmann statt, an dem Joachim Bonatz, Wolfgang Schmidt, Hartwig Müller, Anja Mewes und Dietmar Polster („Runder Tisch Leipzig“) teilnahmen. Dabei wurde Sören Pellmann und seiner Fraktion für die konstruktive, vorbehaltlose und effektive Unterstützung des Kampfes für Rentengerechtigkeit gedankt, die sich seit dem Wirken von Dr. Martina Bunge über Jahrzehnte hinweg bewährt hat.

Mit ihrem Antrag vom 15.12.2022 an den Deutschen Bundestag (Bundestagsdrucksache 20/4922) hat sich DIE LINKE erneut an unsere Seite gestellt und fordert eine Lösung für alle, statt Almosen für wenige, einen Gerechtigkeitsfonds statt Härtefallfonds. Sören Pellmann betonte, dass eine Lösung für alle auch die Strafrentner einschließen muss und dass der entsprechende Antrag einmütig von der Fraktion verabschiedet wurde.

Der Antrag im Wortlaut:

**Deutscher Bundestag
Drucksache 20/4922, 20. Wahlperiode
15.12.2022**

Antrag
der Abgeordneten Sören Pellmann, Matthias W. Birkwald, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Caren Lay,

Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Victor Perli, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Gerechtigkeitsfonds statt Härtefallfonds – Eine Lösung für alle statt Almosen für wenige

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

32 Jahre nach der Einheit herrscht keine Rentengerechtigkeit in Deutschland. Der geplante Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler reicht nicht aus, um die Lebensleistung von rund 500.000 ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner anzuerkennen. Laut Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 42 des Abgeordneten Sören Pellmann auf Bundestagsdrucksache 20/4515 werden angesichts der vorgesehenen Kriterien nur 50.000 bis 70.000 ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner Gelder erhalten können. Damit würden rund 90 Prozent der Betroffenen, die seit über 30 Jahren für die Anerkennung ihrer Rentenansprüche kämpfen, leer ausgehen. Es geht um 17 Berufs- und Personengruppen, z. B. Beschäftigte bei der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post, des Gesundheits- und Sozialwesens, in der Braunkohleveredlung, um Balletttänzerinnen und Balletttänzer, um Personen, die Familienangehörige gepflegt haben, und um in der DDR geschiedene Frauen. Der Begriff Härtefall ist eine Abqualifizierung für diese Menschen. Sie sind keine Härtefälle. Sie haben jahrzehntelang gearbeitet, sie haben Beiträge gezahlt, sie haben Anwartschaften erworben, die aufgrund der politischen Versäumnisse bei der Ost-West-Rentenüberleitung nicht anerkannt wurden. Nach Berechnungen des „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“ wurden so ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern seit 1991 Rentenansprüche in Höhe von 40 Milliarden Euro vorenthalten. Dies muss endlich angemessen ent-

schädigt werden. Für den Härtefallfonds stehen seitens des Bundes lediglich 500 Millionen Euro für drei Gruppen zur Verfügung. Für die sogenannte Aktienrente ist das Zwanzigfache an Bundesmitteln – 10 Milliarden Euro – im Bundeshaushalt 2023 eingeplant.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der mittels eines Gerechtigkeitsfonds alle berechtigten Anwartschaften und Ansprüche der betroffenen 17 Personen- und Berufsgruppen einbezieht und eine einmalige Entschädigungszahlung in Höhe eines fünfstelligen Betrages vorsieht.

Berlin, den 13. Dezember 2022

**Amira Mohamed Ali,
Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de – ISSN 0722-8333

*

Standpunkt des Vorstandes zum §130 StGB

Wir hatten bereits im vergangenen Jahr über den schleichenden Demokratieabbau in der Bundesrepublik Deutschland berichtet, der mit der Gesetzesinitiative zum §130 StGB erfolgte. Der Vorstand von ISOR sah es daher als erforderlich an, in der Beratung des Monats Januar 2023 über mögliche Konsequenzen für die weitere Arbeit des Vereins zu diskutieren. Dabei standen die bereits erfolgten Handlungen auf der Grundlage des §130 StGB im Mittelpunkt.

Was ist bereits an Aktivitäten zu verzeichnen: Als erstes sind die strafrechtlichen Ermittlungen gegenüber dem Verein „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e. V.“ zu nennen, welche sich namentlich gegen die Vereinsvorsitzende Liane

Kilinc richten. Das Finanzamt Eberswalde wurde durch eine erfolgte Anzeige gegenüber Liane Kilinc und des Vereines aktiv und entzog dem Verein die Gemeinnützigkeit. Damit verbunden wurde das Vereinskonto bei der Bank gekündigt. Nicht unerwähnt soll die Feststellung sein, dass Liane Kilinc von Zivilpersonen mit Fahrzeugen, welche ein ukrainisches Kennzeichen hatten, observiert worden ist und sie sich dadurch in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht fühlte.

Ein weiteres Beispiel ist die Abschaltung der Internetseite „Nach-Denk-Seiten“ zum 31.12.2022. Hier wurde wiederum auf der Grundlage einer erfolgten Anzeige dem Betreiber die Gemeinnützigkeit des Vereines durch das Finanzamt entzogen und der Weiterbetrieb der Internetseite untersagt.

Aktuell laufen strafrechtliche Ermittlungen gegen Heinrich Bücke, Betreiber des Friedenscafés Berlin. Er sprach am 21. Juni 2022 am sowjetischen Ehrenmal Berlin-Treptow auf einer Antikriegsdemonstration anlässlich des Jahrestages des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion. Dafür erhielt er eine Anzeige, die von einem Rechtsanwalt aus Berlin gegen ihn erstattet wurde.

Mit diesen Beispielen wird deutlich, in welche Richtung sich das Strafrecht bewegt, wenn es darum geht die friedensgefährdende Sanktionspolitik und die weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine mit kritischen Haltungen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringt.

Der Vorstand von ISOR betont, dass wir als Verein keine politische Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Ukraine-Russland-Konflikt betreiben. Einzelne Meinungsäußerungen zu diesem Thema sind demokratisch legitim und bilden keine Handlungen ab, welche mit dem neuformulierten Absatz 5 §130 StGB als Tatbestandsmerkmal erfasst werden. Wir werden die Entwicklung weiter mit kritischem Blick verfolgen.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird bereits erkennbar, dass die bisherigen Veröffentlichungen zu dieser Thematik ihre Wirkungen zeigen und eine weitere Disziplinierung der Menschen bewirken.

Die Neuinterpretierung des §129 StGB, in dem es um die Definition der kriminellen Vereinigungen geht, wird im Vorstand Beachtung finden, zumal die Gefahr besteht, dass eine solche Definition sich zur Bekämpfung jeglicher Oppositioneller eignen könnte.

Berlin, im Januar 2023

Der Vorstand

Nach der Vorstandssitzung erreichte uns die Meldung, dass gegen Bruno Mahlow ein Ermittlungsverfahren eröffnet wurde, weil er mit dem Artikel „Bis zur letzten Konsequenz“ in der UZ eine Straftat gebilligt haben soll. (red.)

*



Karl Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben sich mit ihrer Haltung gegen den imperialistischen Krieg in das historische Gedächtnis der ihnen folgenden Generationen eingegraben. Die Friedenskämpfer unserer Tage warnen.

Gumrak ist ein Landeplatz

Wolfgang Kroschel

Gut eine Stunde überfliegt die Maschine das platte, mit braunem Gras bewachsene Land. Kein Baum, kein Strauch. Einige dürre Rinnsale. Das Auge findet keinen Halt; erst recht nicht im Winter, wenn die endlose Schneewüste blendet. Das Auge des Soldaten fragt sein Gehirn, wo es hier eine Deckung, eine Schanze oder Schutz vor Beschuss oder Fliegersicht gäbe.

Plötzlich gibt die Steppe den Blick auf Betonbahnen und Gebäude frei.

Es ist Gumrak, der Flughafen von Stalingrad/Wolgograd. Vor 80 Jahren war es der letzte Ort für die demoralisierten faschistischen Angriffskrieger, mit einer der immer seltener fliegenden Verbindungsmaschinen ins inzwischen fast 200 Kilometer nach Westen verschwundene von Deutschen gehaltene Frontgebiet zu entkommen, wofür sie sich sogar an die Tragflächen oder ans Fahrwerk klammerten.

Stalingrad, etwa eine halbe Autostunde entfernt und durch deutsche Bomber monatelang im Herbst 1942 in ein Trümmermeer verwandelt, in dem sogar die Wolga brannte, ist zu Beginn 1943 das Menetekel der auf Hitler eingeschworenen 6. Armee unter Paulus. Am 22. November umschloss die Rote Armee den Kessel, in dem nahezu 300.000 Soldaten gefangen waren. Zwei Tage später verbot der „Führer“ im 3 000 Kilometer entfernten Berlin jeden Ausbruchversuch. Das war schon das Todesurteil, untermauert durch eine blind geschlagene Armeeführung, die am 8. Januar 1943 ein Kapitulationsangebot ablehnte und damit die sowjetische Offensive zur Zerschlagung des Kessels auslöste. Das kostete noch tausende Soldaten das Leben, das ohnehin durch Hunger, Erfrierungen und unbehandelte Verletzungen gefährdet war.

Vor 80 Jahren, am 31. Januar 1943 kapitulierte endlich der Stab Paulus im Keller eines Kaufhauses im Ruinenfeld des Stadtzentrums. Der letzte „Gefechtsstand“ ist heute eine Erinnerungsstätte, so wie es viele in der Stadt gibt.

Etwa 80 Kilometer nordöstlich von Gumrak liegt der Ort Rossoschka. Er kommt nicht zur Ruhe. Noch heute werden aus der Erde menschliche Knochen, Erkennungsmarken, persönliche Gegenstände von Soldaten geborgen. Es ist das schier endlos erscheinende Gräberfeld der dort

in Würde bestatteten Soldaten: das der Roten Armee und durch eine Straße getrennt, das der faschistischen deutschen Wehrmacht und das kleinere italienischer und anderer Verbündeter. Sofern die Namen bekannt sind, sind sie in steinerne Quader graviert und ein naheliegendes Dokumentationszentrum enthält zu den Namen nähere Angaben, wenn sie erforscht wurden.



Vielleicht ist es nicht überflüssig zu erwähnen, dass es dort keine Schmierereien, Graffiti und dergleichen gibt.

Viele Orte, über die es abseits der bekannten Touristentouren zu berichten gäbe, haben auch Isor-Mitglieder der durchdachten Reisetätigkeit durch die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) in der vergangenen Jahren erlebt. Dadurch haben sich freundschaftliche Kontakte zur Stadtverwaltung von Wolgograd herausgebildet, deren warmherzigen Charakter wir bei jedem Besuch spüren konnten. Und es steht wohl

außer Frage, dass die Reiseabteilung der aufgelösten GBM diese Aktivität wieder aufnehmen wird.

Dazu soll eine uns bekannte junge Reiseleiterin aus Wolgograd zu Worte kommen, die unter anderem anlässlich des Jahreswechsels in einer E-Mail an mich schrieb: *„Ich verstehe sehr gut, dass in der heutigen verrückten Welt und schmerzhafter Zeit es wenig Sinn hat, über Reisen in Russland zu sprechen, aber meine Idee ist ein Draht zwischen uns via Reisen, Kontakte und Kulturzusammenarbeit gegen alle Zäune aufzubewahren. Vielleicht bin ich auch zu naiv. (...) Ich danke Ihnen unglaublich für die wunderschöne Zeit, angenehme Kommunikation, Erlaubnis für die Veröffentlichung Ihres äußerst interessanten Textes, Bilder, das Buch und immer gute Laune. Ich erinnere mich oft an unsere tolle Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine angenehme Weihnachtszeit, Gesundheit und einen friedlichen Himmel!“*

Herzliche Grüße aus Russland Ihre Anna“

Ja, Anna, und wenn der Himmel wieder friedlich sein wird, werden wir in Gumrak landen. Versprochen.

*



verlangte natürlich einen (un) gehörigen Tribut für das Anbringen der Plakate. Das hielt uns aber nicht von der Aktion ab. In einer Beratung des Vorstandes gemeinsam mit unseren Betreuern stellten sich spontan Mitglieder für die Durchführung der Aktion zur Verfügung. Es wurde vereinbart, den Stadtverband der Partei Die Linke mit einzubeziehen. Die Plakate wurden aufgeleimt und aufgehängt sowie alle Materialien, mit tatkräftiger Unterstützung der Partei Die Linke, verteilt. Den Mitgliedern unserer TIG ist bewusst, nur im solidarischen Handeln aller an Frieden und Abrüstung interessierten Menschen kann der Aufruf dieser Konferenz „Den dritten Weltkrieg stoppen-jetzt!“ Wirklichkeit werden

Andreas Peter, TIG Gera

*

Den dritten Weltkrieg stoppen-jetzt!

In der Novemberausgabe von **ISOR aktuell** wurde auf die 28. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz hingewiesen. Über die Zeitung „Junge Welt“ wurden die Leser aufgefordert diese Konferenz unter dem Motto „Den dritten Weltkrieg stoppen-jetzt!“ zu unterstützen. Dazu boten sie Plakate und Flyer an.

Der stellv. Vorsitzende unserer TIG, Frank Porges, regte im Vorstand sich an dieser Aktion zu beteiligen. Denn die Dramatik und Brisanz ist uns allen längst bewusst. Wir können geschichtliche Prozesse einordnen. Der

Stellvertreterkrieg in der Ukraine spitzt die Situation dramatisch zu. Es besteht die Gefahr eines Weltenbrandes. Im kollektiven Westen fallen bereits diplomatische Aktivitäten unter das Verdikt der Feindpropaganda. Wir, die Mitglieder unserer TIG, lassen uns aber nicht einschüchtern. Wir werden weder resignieren noch verzweifeln!

Daher beschloss der Vorstand einhellig die Konferenz zu unterstützen. Es wurden Plakate sowie Flyer und Aufkleber bestellt, um auf die Rosa-Luxemburg-Konferenz im öffentlichen Raum aufmerksam zu machen. Die Stadt Gera

Zum Artikel „Wir sind nicht mehr dagegen... von M. Wild, TIG Köpenick vom 20.12.2022 ISOR Aktuell Januar, S. 5

Diesem Artikel muss ich als Mitglied der Linken widersprechen. Insbesondere der letzte Teil mit der Schlussfolgerung, dass wir eine „Verräterpartei“ sind, kann ich so nicht hinnehmen und stehen lassen. Sollte M. Wild in seinem persönlichen Umfeld Genossinnen und Genossen der Partei haben, mit deren Meinung er nicht klar kommt, sollte er sich mit denen auseinandersetzen und nicht mit Verdächtigungen um sich werfen.

Überhaupt habe ich festgestellt, dass M. Wild offensichtlich viele unbelegbare Emotionen in sich trägt, die er jetzt loswerden wollte.

Ich habe die „Leipziger Erklärung“ mehrfach gelesen, konnte aber keine der Aussagen von M. Wild finden.

Sicher ist es richtig, dass es in einer pluralistischen Partei heute unterschiedliche Meinungen zu vielen Themen gibt. Auch ich bin nicht mit allen Veröffentlichungen innerhalb der Partei einverstanden. Es ist nun halt nicht mehr so, dass es nur eine Meinung wie vor 1989 gibt. Die Linke hat sich klar gegen den Krieg Russlands positioniert und auch die Rolle der NATO in der Gegenwart erkannt.

An Vereinsmitglied M. Wild aus Köpenick möchte ich den guten Rat geben, sich mit solchen „Ergüssen“ zurückzuhalten und unhaltbare Verdächtigungen/Beschimpfungen gegen die Partei „Die Linke“ künftig zu unterlassen.

Dieter Erler, TIG Geithain/Rochlitz

*

Lieber Manfred,

meine Genossen und ich sind sehr erstaunt, wie Du in einem Artikel der Januar-Ausgabe von ISOR **aktuell** die gesamte Linke als „Verräterpartei“ bezeichnest, also uns? Nimm Dir ein Beispiel an Prof. Michael Brie, wie er in drei Punkten zur Leipziger Erklärung (ND vom 29. Dezember 2022) die derzeitigen Schwächen der Linken auf den Punkt bringt. Hass ist ein schlechter Ratgeber und steht Dir nicht gut zu Gesicht.

Wir kennen Dich anders.

Übrigens, ich bleibe, wie auch viele meiner Genossen in der Linkspartei, kämpfe kritisch für ihr Weiterbestehen und wechsele nicht die Farbe, wie ein Chamäleon. Das haben leider schon zu viele vor mir getan. Als Delegierter auf dem Gründungsparteitag im Herbst 89 habe ich mir das geschworen.

**Dein Vorsitzender Klaus Buchner
TIG Berlin-Köpenick**

*

Aus der Postmappe

Zeitenwende

Ich mache mir keine Gedanken ...
Die Ampel ist sich endlich mal einig, keine Waffen in Kriegsgebiete.
Die Zeitenwende erlaubt es, nun kann Deutschland Waffen liefern.
Sind es genug Waffen, nein!
Mit noch mehr Waffen könnten wir endlich Frieden schaffen.
Worauf warten wir, warum dauert das so lange? Brauchen wir wieder erst eine Zeitenwende? Hoffentlich gehen der Ukraine nicht die Soldaten aus.
Falls doch, dann liefern wir auch gleich noch Soldaten.
Wir haben Waffen und Soldaten im Überfluss. Sollte ich mir doch Gedanken machen ...

Helga Jäger, TIG 08.0102.

*

Keine Panzer und keine Waffen für die Ukraine

Sarkastisch muss man feststellen, wenn Deutschland schon gar keine Chancen bei der Fußball-WM und bei der Vier-Schanzen-Tournee hat, dann muss es eben, um vorn zu landen, in der Außenpolitik versuchen. Was lange befürchtet wurde, ist nunmehr blutige Realität. In seltener Einigkeit schicken SPD, Grüne und FDP, von der CDU/CSU unterstützt, Panzer in die Ukraine. Die offiziellen politischen Zeichen stehen – in tiefer Verbundenheit mit den USA und der NATO – auf Konfrontation um jeden Preis. Hofreiter von der ehemaligen „Friedenspartei“ fordert in beispielloser ideologischer Verblendung und bar jedweder Vernunft im Morgenmagazin endlich deutsche Kampfpanzer zu liefern. Von den Regierenden und verantwortlichen Politikern, außer verhaltenen Widerspruchs aus der Linken, werden Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und der verkündeten Waffenruhe in einer sturen Art und Weise abgelehnt bzw. sogar der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Lage wird vom „Wertewesten“ wesentlich und permanent zugespitzt, und die Atommacht Russland wird weiter provoziert und in die Enge getrieben. Die USA- und EU-Außenminister haben das diplomatische Zepter an die kriegsbessenen Regierungschefs und Kriegsminister abgegeben. Vernunft und politischer Pragmatismus werden im Interesse der westlichen Vorherrschaft im Osten Europas gnadenlos geopfert. Dass Menschen dies mit ihrem Leben bezahlen, spielt bei den gut behüteten Politikern keine Rolle. Möge die Friedensbewegung erstarken und Politiker zur Vernunft kommen, um dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten

Raimon Brete, 09113 Chemnitz

Bei anderen gelesen

Mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung *jungeWelt* und Jürgen Grässlin drucken wir ein Interview der Zeitung vom 13. Januar 2023 ab.

„Deutschland ist längst Kriegspartei“

Pazifistischer Verband kritisiert Waffenlieferungen an Kiew und fordert Friedensverhandlungen.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e. V. (DFG-VK)

Sie kritisieren die Waffenlieferungen in die Ukraine. Was wird von seiten der Bundesregierung alles geliefert?

Mit einem Volumen von 2,2 Milliarden Euro war die Ukraine 2022 das Hauptempfängerland deutscher Kriegswaffen. Das seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs gelieferte Waffenarsenal reicht von Handgranaten, Panzerfäusten und Maschinengewehren über Granatwerfer, „Stinger“-Flugabwehrraketen und MARS-Raketenwerfer bis hin zu „Panzerhaubitzen 2000“, „Gepard“-Flakpanzern und jüngst „Marder“-Schützenpanzern. Hinzu kommt Munition in unglaublicher Menge. Zudem drängen Waffenexportbefürworter unermüdlich auf die Lieferung von „Leopard 2“-Kampfpanzern. Deutschland ist längst Kriegspartei geworden.

Welche militärischen Maßnahmen bezüglich der Ukraine gibt es zudem?

Wenn Slowenien im Ringtausch mit Deutschland seine T-72-Kampfpanzer in die Ukraine liefert, dann wissen die dortigen Streitkräfte diese Waffensysteme sowjetischer Bauart einzusetzen. Wenn aber jetzt schwere Waffen westlicher Bauart exportiert werden, dann müssen ukrainische Soldaten daran ausgebildet werden. Genau das passiert seitens der USA, Großbritanniens und Deutschlands.

Sie fordern die Ausweitung ziviler Hilfe. Was verstehen Sie darunter?

Die Logik der Kriegs muss endlich durchbrochen und dazu müssen sämtliche zivile Hilfsmaßnahmen genutzt werden. Aktuell zählen dazu die Lieferung von Kranken- oder Feuerwehrfahrzeugen, zudem Transporter und Material für den Wiederaufbau.

Friedensverhandlungen sollen nach Ihrer Vorstellung unter UN-Ägide stattfinden. Oft wird behauptet, es gäbe keinen Verhandlungswillen der Konfliktparteien. Wie ist Ihre Einschätzung?

Solange das Regime Putin die Anerkennung der völkerrechtswidrigen Annexion weiter Teile des Ostens und Südens der Ukraine zur Voraussetzung für Friedensverhandlungen macht, kann es diese nicht geben. Solange die Regierung Selenskiij die Rückeroberung eines jeden Quadraters besetzten bzw. annektierten Landes als Voraussetzung benennt, kann es ebenfalls keine geben. Die Lösung läge in Friedensverhandlungen auf neutralem Boden ohne Vorbedingungen unter Leitung von UN-Generalsekretär António Guterres. Ziel müsste sein, Lösungen zu finden, wie etwa die Neutralität bestimmter Regionen der Ukraine unter UN-Schutz, mit Sicherheitsgarantien der USA und Russlands.

Die deutsche Außenministerin hat sich derweil in dieser Woche in Charkiw mit den Menschen vor Ort solidarisiert, aber auch weitere Waffenlieferungen gefordert.

Im ersten Moment dachte ich: Was für eine bewundernswerte Aktion. So wird der Blick der Weltgemeinschaft auf die dramatische Lage der ukrainischen Zivilbevölkerung gelenkt.

Und im zweiten Moment?

Da frage ich mich, warum Frau Baerbock im vergangenen Frühjahr nicht schon nach Nord-syrien und in den Nordirak geflogen ist, um vor Ort auf die dramatische Lage der kurdischen Zivilbevölkerung aufmerksam zu machen. Bei der all-

jährlich stattfindenden sogenannten Frühjahrs-offensive bombardiert die türkische Luftwaffe völkerrechtswidrig zivile und militärische Ziele. Bei der Besetzung der kurdischen Stadt Afrin wurden deutsche „Leopard 2“-Panzer eingesetzt.

Wie reagiert der Westen auf diese Kriege?

Alle westlichen Regierungen, auch die Bundesregierung, schauen trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen beschämt weg. Denn die Türkei ist NATO-Mitglied. Wenn das Regime Erdogan im kommenden Frühjahr erneut todbringende Angriffe fliegt, dann sollte Frau Baerbock sich mit einem Vor-Ort-Besuch mit der kurdischen Zivilbevölkerung solidarisieren – das wäre glaubwürdige Friedenspolitik.

Zum Jahrestag des Kriegsbeginns gegen die Ukraine im Februar bereiten Sie Friedensaktionen vor. Was ist geplant?

Die DFG-VK unterstützt den Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“. Darin benennen wir Russland als völkerrechtswidrigen Aggressor. Wir bekennen uns zu diplomatischen Initiativen, einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Am Aktionswochenende vom 24. bis 26. Februar werden bundesweit gewaltfreie Proteste stattfinden.

Interview: Henning von Stoltzenberg

Zwischenruf

Wenn sich in Russland auch nur ein Achtel der Entführungen Erpressergeschichten, Bandenüberfälle und Gewalttaten ereignete, wie in Amerika - : das Geschrei der sittlich entrüsteten Amerikaner möchte ich mal hören! Sie sollten bei sich selber Ordnung machen, sich auf Reisen anständiger benehmen und im Übrigen den Schnabel halten.

(Kurt Tucholsky, Schnipsel, 1932)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 25.01.2023

Einstellung im Internet: 04.02.2023

Auslieferung: 09.02.2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.03.2023

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes, Di/Mi 9–16 Uhr

Tel. (030) 29784316

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Do 8–15 Uhr

Tel.: (030) 29784317; Fax.: (030) 29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8–15 Uhr Tel. (030) 29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Redaktion: c/o Geschäftsstelle

E-Mail: isor-redaktion@t-online.de

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)